



 Positionspapier

Eine neue Balance zwischen Nachhaltigkeit und Wettbewerbsfähigkeit Ein neuer Spirit für die EU

 Position paper

Striking a new balance between sustainability and competitiveness A new spirit for the EU

MINISTERIN FÜR WIRTSCHAFT, ARBEIT UND TOURISMUS
MINISTER OF ECONOMIC AFFAIRS, LABOUR AND TOURISM
DR. NICOLE HOFFMEISTER-KRAUT MdL



Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, ARBEIT UND TOURISMUS

Die Ziele sind unstrittig: Wir wollen eine nachhaltige und dabei prosperierende Wirtschaft, zukunftsfähige Arbeitsplätze und eine Europäische Union, die global eine bedeutende Rolle einnimmt. **Über den Weg dorthin gibt es jedoch unterschiedliche Vorstellungen.**

Die Europäische Union hat zahlreiche **positive Beiträge** geleistet: 30 Jahre Binnenmarkt erweitern die Möglichkeiten vieler Unternehmen, europäische Allianzen beflügeln die Entwicklung von Schlüsseltechnologien, gezielte EU-Förderungen wie die EU-Forschungs- und IPCEI-Programme ermöglichen die Entwicklung zentraler Innovationen und effiziente Instrumente wie der EU-Emissionshandel entfalten eine wichtige Lenkungswirkung.

Jedoch sind derzeit auch Entwicklungen feststellbar, die in die **falsche Richtung** weisen. Die Europäische Union – und vor allem ihre Unternehmen – leiden unter einer dreifachen politisch-administrativen Überdosis:

- **Es ist zu viel:** Gerade kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sind von der Vielzahl der neuen Regelungen und Berichtspflichten überfordert. Beispiele sind die Anforderungen aus der EU-Taxonomie und der EU-Nachhaltigkeitsberichterstattung.
- **Es ist zu detailliert:** Statt praxistauglicher Regulierung gibt es zu viel Mikromanagement. Erkennbar wird dies beispielsweise am Diskussionsstand bei der EU-Verpackungsverordnung, bei der nicht die Gesamt-Ökobilanz das Kriterium ist, sondern Einzelvorgaben angedacht sind.
- **Es ist zu eindimensional:** Langfristige negative Folgen für die Innovationsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit von KMU werden im Gesetzgebungsverfahren zu wenig berücksichtigt. Dies zeigen z. B. die zu wenig vorausschauende Einführung der Medizinprodukteverordnung und der wenig praxisgerechte CO₂-Grenzausgleichsmechanismus CBAM. Bei der Regulierung von PFAS-Chemikalien muss dies verhindert werden.

Unsere Position fußt auf der Erkenntnis eines wirtschaftspolitischen Realismus‘ und eines pragmatischen Imperativs: Wir brauchen eine **neue Balance zwischen Wettbewerbsfähigkeit und nachhaltiger Wirtschaftsweise.**

Die Analyse ist erfolgt, **jetzt müssen wir ins „Tun“, ins „doing“, „se lancer dans l’action“ kommen.** Wir benötigen insgesamt ein neues Mindset und neuen Spirit in der EU! Wir benötigen eine **Zukunftsagenda der EU** mit **dreifacher Schubkraftentwicklung**:

1. Schubkraft durch Innovation

2. Schubkraft durch starke Regionen

3. Schubkraft durch KMU

1. Schubkraft durch Innovation

AGENDA FÜR DIE ZUKUNFT:

- Primat der sozialen Marktwirtschaft vor planwirtschaftlichen Ansätzen
- Technologieoffenheit und klares Ziel Technologieführerschaft
- Innovationsfreundliche Regulierung, gerade auch bei der Künstlichen Intelligenz, Green Tech und weiteren wegweisenden Zukunftsfeldern der EU

Ein konkreter Vorschlag: Ein **differenzierter PFAS-Regulierungsrahmen**. Klar ist, dass die Risiken für die menschliche Gesundheit und für die Umwelt adäquat geregelt werden müssen, um ein hohes Schutzniveau für Mensch und Umwelt sicherzustellen. Gleichzeitig muss es in Bereichen ohne Ersatzstoffe, Übergangsvorschriften und adäquate Ausnahmen geben. Es geht dabei nicht

nur um Produktionsstätten und Arbeitsplätze, die ins außereuropäische Ausland verlagert werden würden, sondern auch um innovative Wirtschaftszweige und gesamtgesellschaftliche Ziele, etwa die Energiewende. Auch in der Halbleiterfertigung und der Medizintechnik werden diese Stoffgruppen derzeit noch zwingend benötigt.

2. Schubkraft durch starke Regionen

AGENDA FÜR DIE ZUKUNFT:

- Gleiche Rahmenbedingungen für einen fairen Wettbewerb, inner-europäische Wettbewerbsnachteile beseitigen
- Industrielle Transformationsregionen stärken und damit Aufrechterhaltung der Wettbewerbsfähigkeit Europas im globalen Kontext
- Schaffung einer effektiven Förderkulisse: Reform des europäischen Förder- und Beihilferegimes

Konkret bedeutet dies: Im europäischen **Beihilferecht** muss mehr den Transformationsbedürfnissen starker und innovativer industrieller Ökosysteme Rechnung getragen werden. Diese „Transformationsregionen“ schaffen Beschäftigung und stärken die gesamte EU über den Innovationstransfer und Lieferketten in alle europäischen Regionen. Und gerade diese starken Regionen sind un-

verzichtbar, um den industriellen Wertschöpfungsprozess global auf eine klimaneutrale Produktion hin umstellen zu können. Durch die aktuelle Aufteilung der beihilferechtlichen Zuwendungen nach Fördergebieten werden EU-interne Abwettbewerbssituationen mit ungleichen Bedingungen gefördert. Die Regionalpolitik muss regionale Strukturförderung gezielt mit innovationspolitischen Maßnahmen verzahnen, damit Transformationsregionen, die bisher in der Förderung benachteiligt sind, bei ihren Aufgaben unterstützt werden.

Als aktuelles Beispiel kann hier der **„Temporary Crisis and Transition Framework“ (TCTF)** aufgeführt werden. Trotz wichtiger Förderimpulse für Investitionen in Green Deal-Schlüsselsektoren sind im TCTF großvolumige Beihilfen praktisch nur in den bisherigen Fördergebieten umsetzbar. Angesichts der wett-

bewerblichen Herausforderungen durch den IRA ist es jedoch notwendig, dass **alle EU-Regionen** gleichbehandelt werden. Großvolumige Unterstützungen für Investitionen am Standort Baden-Württemberg und anderen Transformationsregionen müssen auch über Einzelnotifizierungen im TCTF-Kontext machbar sein. Ansonsten werden schon heute bestehende Abwanderungstendenzen in Zukunft weiter verstärkt.

Des Weiteren müssen in den Prozess zur Mittelverteilung innerhalb der Mitgliedstaaten – wie beispielsweise bei dem weiterentwickelten „Just Transition Fund“ (JTF) – die Regionen und ihre Kompetenzen durch Vorgabe aus Brüssel zwingend eingebunden werden. Und Finanzierungsinstrumente wie die Plattform **„Strategische Technologien für Europa“ (STEP)** sollten auch innovationsstarke Industrieregionen unterstützen.

3. Schubkraft durch kleine und mittlere Unternehmen

AGENDA FÜR DIE ZUKUNFT:

- Schnellere Genehmigungsverfahren und KMU-freundliche Regulierung
- Bürokratische Belastung reduzieren und zukünftig verbindliche „one-in-one-out“ Regel
- Marktchancen vergrößern durch den Abschluss multi- und bilateraler Handelsabkommen sowie den Abschluss von Energie- und Rohstoffpartnerschaften

Ein konkreter Vorschlag: Wir benötigen einen starken **„KMU-Quarterback“** mit weitreichenden Kompetenzen und verbindlichem KMU-Check: Dieser sollte Fürsprecher sein und bürokratische Belastungen durch Regulierungsvorschläge von Anfang an verhindern. Der KMU-Quarterback sollte direkt der Präsidentin der Europäischen Kommission unterstellt sein, also über der Ebene der Fachkommissare (und nicht wie bisher ein

KMU-Koordinator bei einer Generaldirektion). Ein **KMU-Check** sollte einen verbindlichen Charakter mit Veto-Möglichkeit innehaben, weit über die bestehende „Regulatory Scrutiny Board“-Regelungen hinaus. Ersten Ankündigungen müssen nun Aktivitäten der EU folgen.

The objectives are beyond dispute. We want a sustainable and thriving economy, jobs fit for the future, and a European Union that plays a significant role on the world stage. **But there is a difference of opinion on how to achieve them.**

The European Union has had a wide-ranging **positive impact**. 30 years of the single market have opened up new possibilities for many companies, European alliances have inspired the development of key technologies, targeted EU funding schemes such as the EU research and IPCEI programmes have enabled the development of crucial innovations, and efficient instruments like the EU emissions trading system have provided an important steering effect.

However, certain developments are currently heading in the **wrong direction**. The European Union, and above all its companies, are suffering from a political and administrative overload on three fronts:

- **Too much:** small and medium-sized enterprises (SMEs) are overburdened by the large number of new regulations and reporting obligations. Requirements relating to the EU taxonomy and EU sustainability reporting are examples of this trend.
- **Too detailed:** instead of workable regulation, there is too much micro-management. We see this in the debate surrounding the EU Packaging and Packaging Waste Regulation, for example, which is set to consist of individual specifications rather than an overall ecological assessment.
- **Too one-dimensional:** the legislative process is paying too little attention to the long-term negative impact on the innovative strength and competitiveness of SMEs. This is reflected in the insufficiently forward-looking EU Medical Device Regulation and in the Carbon Border Adjustment Mechanism (CBAM), which does little to address practical considerations. We must prevent the same thing from happening with the regulation of PFAS chemicals.

Our position is informed by a realistic approach to economic policy and an urgent need for pragmatic action: we must strike a **new balance between competitiveness and sustainable economic activity**.

Our analysis is complete – **now is the time for ‘doing’, ‘Tun’, ‘se lancer dans l’action’**. What we need is in fact a new mindset and a new spirit within the EU. What we need is a **future agenda for the EU that creates momentum in three distinct ways**:

1. Momentum via innovation

2. Momentum via strong regions

3. Momentum via SMEs

1. Momentum via innovation

AGENDA FOR THE FUTURE:

- Primacy of the social market economy over planned economy approaches
- Technology neutrality and clear goal of being technology leader
- Regulation that encourages innovation, especially in artificial intelligence, green tech and other game-changing future fields in the EU

Specific proposal: a **nuanced PFAS regulation framework**. It is clear that risks to human health and the environment must be adequately regulated to ensure a high level of protection for people and the environment. But where substitute substances are not available, there must be transitional provisions and adequate exceptions. This is necessary

not only to prevent production sites and jobs from being relocated outside the EU, but also to promote innovative branches of industry and overarching societal objectives such as the energy transition. In addition, these groups of substances remain absolutely essential to semiconductor manufacturing and medical technology.

2. Momentum via strong regions

AGENDA FOR THE FUTURE:

- Ensure equal framework conditions for fair competition, eliminate competitive disadvantages within Europe
- Strengthen the industrial transition regions and thereby maintain the competitiveness of Europe in a global context
- Establish an effective funding concept: reform the European funding and state aid regime

that industrial value chains can be shifted towards climate-neutral production on a global scale. The current distribution of state aid grants among assisted areas fosters intra-EU rivalries that are founded on unequal conditions. In order to support the activities of transition regions that have previously been at a disadvantage in terms of funding, regional policy must consciously ensure that regional structural funding is in lockstep with innovation policy measures.

that **all EU regions** must be treated equally. In terms of investment in Baden-Württemberg and other transition regions, it must be feasible for large-scale support to be granted via individual notifications in the context of the TCTF. If not, this will exacerbate the current trend of investment being enticed away from the region.

Specific significance: European **state aid law** must pay greater attention to the transition-related needs of strong and innovative industrial ecosystems. Not only do these ‘transition regions’ create jobs, they strengthen the entire EU both through the transfer of innovation and along supply chains that extend into all European regions. And these strong regions in particular are indispensable so

The **“Temporary Crisis and Transition Framework” (TCTF)** is a current example of this issue. Despite important incentives for funding in key sectors identified in the Green Deal, the TCTF ensures that large-scale state aid can only realistically be implemented in the existing funding areas. However, the competitive challenges arising from the Inflation Reduction Act (IRA) mean

Furthermore, it is essential that the process for allocating funds within the member states – such as in the enhanced Just Transition Fund (JTF) – incorporate the regions and their competences in accordance with a stipulation from Brussels. Financing instruments such as the **Strategic Technologies for Europe Platform (STEP)** should provide support to highly innovative industrial regions.

3. Momentum via SMEs

AGENDA FOR THE FUTURE:

- Faster approval procedures and SME-friendly regulation
- Reduce bureaucratic burden, implement binding ‘one in, one out’ rule
- Expand market opportunities by agreeing multilateral and bilateral trade deals and by establishing energy and raw material partnerships

Specific proposal: We need a strong ‘SME quarterback’ with extensive authority and a binding **SME check**. This role must serve as an advocate for SMEs and prevent bureaucratic burden via regulatory proposals from the very start. The SME quarterback should be integrated directly beneath the President of the European Commission and therefore above the level of the Commissioners

(not on the level of an SME coordinator at a Directorate-General as before). An SME check should be binding and come with a veto option: these are powers that extend far beyond the current Regulatory Scrutiny Board provisions. Initial announcements must now be followed by action on the part of the EU.

Positionspapier anlässlich des Wirtschaftsgipfels Baden-Württemberg - EU
am 25. und 26. Oktober 2023 in Brüssel

Position paper on the occasion of the Economic Summit
on October 25th and 26th, 2023 in Brussels

Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus Baden-Württemberg
Neues Schloss, Schlossplatz 4, 70173 Stuttgart
www.wm.baden-wuerttemberg.de



Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, ARBEIT UND TOURISMUS